

Brunnenstraße 183 oder Was ist heute schon „Umsonst“?

Will man zu Ausdruck bringen, dass irgendetwas sinnlos ist und nichts erreicht wurde, sagt der Berliner: Dit haste umsonst!

Umsonst war jedoch lediglich das Ergebnis einer „Begrünungsmaßnahme Brunnenstraße“, mit der 600 Polizeibeamte am 1.8.2007 das staatliche Machtmonopol umsetzen.

Für die Berliner/innen war das Gesamtkunstwerk einer sechsstündigen Jagd auf 31 Personalausweise im alternativen Hausprojekt Brunnenstraße 183 nicht ganz umsonst.

Grundlage für den Einsatz war der Beschluss des Amtsgerichtes Tiergarten vom 3. 5. 2007; Auftrag: Durchsuchung der Brunnenstraße 183 zum „Auffinden von Beweismitteln, insbesondere zur Identitätsfeststellung“. Das Amtsgericht hatte für sich festgestellt, dass „mildere Maßnahmen beim derzeitigen Ermittlungsstand nicht ersichtlich sind“.

Im Ergebnis dieses wegweisenden Beschlusses sollte zukünftig in den Gerichtskantinen nur noch Melitta / Milde Sorte verabreicht werden. Achtung: Dies stellt eine Metapher dar und keine Schleichwerbung!

Schnäppchenpreis von 109.000 Euro

Legt man die „kalkulatorischen Kosten“ (Einsatzkräftestunden auf der Grundlage einer durchschnittlichen Bruttopersonal- und Arbeitsplatzkostenberechnung für Polizeibeamte) zu Grunde, so war der Einsatz für die Steuerzahler zum Schnäppchenpreis von 109.000 Euro zu haben. Die Gesamtkosten konnte Herr Dr. Körting leider bis zum 28.9.2007 nicht ermitteln lassen, da dies in einer Beantwortungszeit von knapp fünf Wochen zu einem „nicht zu vertretenden Personal- und Zeiteinsatz“ geführt hätte, so seine Antwort auf eine Kleine Anfrage im Abgeordnetenhaus.

Nun könnte die Aktion die berechnete Frage aufwerfen - die sich neben Herbert Grönemeyer bestimmt schon

viele in ihrem Leben gestellt haben - geneigt sein: Was soll das?!

Die Antwort liegt diesmal nicht in Penemünde, sondern in Passau.

In dem beschaulichen, kleinen Örtchen mit seinen 50.644 Einwohner/innen (siehe Wikipedia) gibt es einen Arzt für Allgemeinmedizin, der es sich zur Aufgabe gestellt hat, im 625 Kilometer entfernten Berlin ein generations- und gruppenübergreifendes Wohnprojekt zu verwirklichen. Jener Dr. Manfred Kronawitter hat er sich nun dafür ein kleines Häuschen in der Brunnenstraße zugelegt. Dummerweise befindet sich jedoch hier seit 2001 das Wohnprojekt „Umsonstladen Brunnenstraße 183“.

Und hier hörte nun der Spaß für alle Beteiligten auf.

Nachdem das Haus nach der Wende 1998 mehrmals mehr oder weniger dubiose Eigentümer hatte, wollten die Hausbewohner es im Rahmen eine Zwangsversteigerung 2006 selbst erwerben. Der Kaufpreis war zusammengekratzt und der Tag der Versteigerung gekommen. Leider hatten Sie die Rechnung ohne den Wirt gemacht, denn die Eurohypo Bank AG hatte das Haus bereits vorher verkauft.

In der Folge begann ein monatelanger Kleinkrieg. Die Bewohner/innen und der „Umsonstladen“ mit seinem alternativen Gesellschaftsmodell, in dem jeder etwas vorbeibringen und anderes mitnehmen kann, war mit dem Kronawitterschen Projekt nicht kompatibel.

Also wurden die bekannten Praktiken angewandt, die sich scheinbar auch bis in's ferne Bayern herumgesprochen hatten: Kündigungen, Zerstörung von Türschlossern, unangekündigte Hofberäumungen.

BVV und Bezirksamt versuchen zu vermitteln

Von Beginn der Auseinandersetzungen an stand die bündnisgrüne BVV-Fraktion aktiv hinter den Hausbewohner/innen. Während sich im August 2006 auch die BVV-Fraktionen



Die Ruhe nach dem Sturm in der Brunnenstraße

Foto: Ingolf Entrup

von SPD und PDS hinter das Projekt stellten, verweigerte letztere Organisationseinheit drei Monate später ihre Zustimmung für die Einrichtung eines Runden Tisches zum Erhalt des Wohn- und Sozialprojektes Brunnenstraße 183/Umsonstladen. Aber vielleicht wollte die PDS auch nur mal mit der CDU stimmen, wer weis?

Bemerkenswert war dann aber doch, dass, nachdem die Polizeieinheiten am 1. 8. wieder abrückten, ein unbekannter Vertreter der PDS-Berlinzentrale auftauchte, große Anteilnahme zur Schau trug und nach einigen Minuten (bestimmt hat er aber noch seine Visiten-

karte hinterlassen) wieder abzog. Wenn das Bild nicht so armselig gewesen wäre, hätten sich die beiden seit 8.30 Uhr Vorort befindlichen Vertreter von BVV (Grüne) und Abgeordnetenhaus (SPD) vor Begeisterung fast auf die Schenkel geklopft.

Im November 2006 hatte die BVV auf Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen und SPD beschlossen, eine gemeinsame Konfliktlösung zu finden. Nach anfänglichem Sträuben willigte Dr. Kronawitter ein und setzte sich am 15.3.2007 mit allen Beteiligten an einen Tisch. Dabei wurde deutlich: Hier standen sich vollkommen gegensätzliche

Lebensentwürfe gegenüber. Aber eines war auch zu merken. Dr. Kronawitter ist nicht das Abbild des „klassischen Entmietungshai“ der 80er und 90er Jahre. Es ist ein Mann, der eine Idee umsetzen wollte und auch nicht wirklich glücklich schien, an die Berliner Politik- und Mietrechtsgrenzen von Zeit und Raum zu stoßen.

Im Ergebnis wurde ein Mediationsverfahren vereinbart. Dabei sollten die unterschiedlichen Auffassung hinsichtlich der mietrechtlichen Problemlagen weiter diskutiert werden. Während die Bewohner/innen für Dr. Kronawitter Hausbesitzer/innen darstellen, sehen sich diese selbstverständlich als reguläre Mieter/innen.

Mediationsverfahren und Konsenssuche läuft

Am 3. 9. 2007 fand das Mediations-treffen statt. Über die Ergebnisse haben die Beteiligten - Baustadtrat Gothe, Dr. Kronawitter und der Rechtsanwalt der Bewohner/innen - vorerst Stillschweigen vereinbart. Die Informationen aus den gewöhnlich gut informierten Kreisen nähren jedoch die Hoffnung auf ein gutes Ende.

Ein positives Ergebnis, und das hat die BVV Mitte mit ihrem Beschluss vom Nov. 2006 nicht unmaßgeblich angeschoben, ist auf jeden Fall zu verzeichnen. Die Lage hat sich beruhigt und die Kontrahenten reden miteinander, statt mit Presseerklärung übereinander herzufallen.

Um am Ende den Kreis zum Anfang zu schließen und damit die Vermutung, dass die Erde doch eine Scheibe sein könnte, zu widerlegen: Dit is Politik, die is nich umsonst.

Frank Bertermann,
BVV Fraktion, Fraktionssprecher

Hintergrundinfos:

www.frankbertermann.de/umsonst.htm

Energiewende

Was jede und jeder jetzt tun kann

Energiewende AG, eine neue Arbeitsgruppe in der Bezirksgruppe (KV) Mitte von Berlin

Wie so oft, entstehen gute Ideen nach den Sitzungen. Beim Bier haben wir überlegt, wie wir Grünen in Berlin uns in der Klimadebatte aufstellen und wie unser Beitrag aussehen könnte. Hin und her gingen die Vorschläge, zuletzt: Wir wollen Energieberatung und öffentlich/medial wirksames Ereignis zusammenbringen.

Inzwischen hat unsere AG etwa 7 Mitglieder und weitere assoziiert. Wir haben unser Ziel abgeändert in die Vermittlung von konkreten Tipps und Beratungen über einen Internet-Auftritt (s. u.) und eine fortdauernde Veranstaltungsreihe in den Bezirken von Berlin. Dabei waren wir erfolgreich:

Gemeinsam mit dem Landesverband, unserer Landesvorsitzenden Irma Franke-Dressler und dem KV Tempelhof-Schöneberg haben wir während der bundesweiten Klimaaktionstage eine große Veranstaltung mit Ständen von Energieberatern, Heizungsherstellern, Handwerkern, Wohnungsbaugesellschaft HoWoGe, einem Energiekasperltheater und mit verschiedenen Redebeiträgen zum Schwerpunkt energetische Gebäudesanierung durchgeführt.

Gemeinsam mit dem KV Charlottenburg-Wilmersdorf haben wir schon zweimal am Stand auf dem Festen des Ökowerks Teufelssee mit Energieberatern informiert. Am 30.6. beim Kinder- und Umweltfest von unserem KV Berlin-Mitte haben wir verschiedene Aussteller zum Thema kinder- und umweltfreundlicher Verkehr zusammengebracht: BVG, DB, Fahrradladen Velophil, auch Anbieter von Strom aus erneuerbaren Energien. Für den KV Steglitz-Zehlendorf haben wir am Stand

beim Fest am U-Bahnhof Krumme Lanke informiert. Mehrmals haben wir Energiestände am Hackeschen Markt in Mitte durchgeführt.

Der Zuspruch durch Bürgerinnen und Bürger ist sehr groß. Deswegen macht uns die Mitarbeit an den Ständen viel Spaß. Wir Grüne können den Klimaschutz als unser Anliegen glaubwürdig vertreten, deswegen werden wir gefragt, was jede und jeder jetzt tun kann. Wir freuen uns, hier unseren Beitrag zu leisten. Weitere Veranstaltungen sollen folgen.

Trotz der bisher noch geringen Zahl der Mitglieder bewegt die Energiewende AG viel im Bewußtsein der Bürger. In den Bezirken ist die Bereitschaft groß, mit uns gemeinsam den Bürgerinnen und Bürgern Anstöße zum aktiven Handeln zu geben.

Nun bereiten wir die Landeskampagne zum Thema Energie und Klima, bei der wir auch mitmachen, vor. Wir freuen uns auf weitere Energiewende AG'en in den Kreisverbänden, dann wird auch dort eine Aktionswelle starten! Wir unterstützen Euch gern mit unseren Layout-Dateien für Info-Plakate. Auch haben wir eine praktische vierseitige Plakatsäule zum einfachen und kostengünstigen Nachbauen entwickelt und geben alles Erforderliche gern weiter.

Wer bei uns mitmachen will ist herzlich willkommen!

Bernd Steinhoff

Kontakt:

Energiewende AG Berlin-Mitte
bernd.steinhoff@gruene-berlin.de
www.energie-wende-berlin.de

Fritz-Schloss-Park (II) Point of no return für das Sportfeld Seydlitzplatz?

Teil 2 des Fortsetzungsromans

Was bisher geschah:

Trotz jahrelanger Planungen des Bezirksamtes, den Seydlitzplatz wett-kampfgerecht auszubauen, genehmigt das Stadtplanungsamt Mitte Mai 2006 einem Investor eine Wohnbebauung am südlichen Rand des Platzes. Ein Jahr später merken die Beteiligten im Bezirksamt, dass die geplante Sportnutzung in unmittelbarer Nähe von Eigentums-„Town-Houses“ mit der zu erwartenden Lärmbelästigung nicht in Übereinstimmung zu bringen ist.

Zwar saßen alle Verwaltungsebenen in einem Boot, der Steuermann hatte jedoch vergessen, den Ausguck zu besetzen um nach evtl. vorhandenen Bauvorbescheiden im eigenen Amt Ausschau zu halten. Damit begann nun ein hastiges Zurückrudern. Problem: Die Richtung, in der das rettende Land liegt, ist hinter dichten Nebelbänken verborgen, was den Steuermann vor eine fast aussichtslose Aufgabe stellt und die Besatzung ziemlich planlos auf dem Deck auf und ab rennen lässt.

Warum die Genehmigung des Bauvorbescheides?

Diese Frage stellten sich alle. Da der Ausschuss für Stadtentwicklung Aufklärung verlangte und auch suchte, fand er sie in den Akten. Hauptkenntnis von SPD, Grünen & CDU, die im Ergebnis eine gemeinsame Stellungnahme erarbeitet haben: Das Stadtplanungsamt Mitte genehmigte - entgegen bisher anders lautender Beteuerungen - die Wohnbebauung in Kenntnis der eindringlichen Warnung des Schul- und Sportamtes. Warum?

Die einzige Möglichkeit, die Interessen des Bezirks über einen Bebauungsplan zu sichern, wurde vom Stadt-

planungsamt nicht einmal ansatzweise geprüft. Selbstkritisches Eingeständnis: Diesmal kein politisches Ruhmesblatt unter damaliger bündnisgrüner Stadtentwicklungsführung.

„Rinn in die Kartoffeln, raus aus die Kartoffeln“ - Wird die Seydlitzstraße 1 - 5 zum Ackerland?, so fragte die bündnisgrüne Fraktion in der BVV am 20.9. den zuständigen „Steuermann“ und Stadtrat Ephraim Gothe (SPD), nachdem aus gewöhnlich gut informierten Kreisen zu hören war, dass dieser gegenüber dem Investor Anfang August den Bauvorbescheid schriftlich zurückgezogen und knapp vier Wochen später die Rücknahme wieder zurückgenommen hatte. Da staunt der Fachmann und der Laie wundert sich. Die Taktiker (ohne großes „I“) der SPD-Fraktion wussten jedoch zu verhindern, dass der Stadtrat der BVV seine Ackerbauambitionen im Ortsteil Moabit darlegen durfte/musste. Sie füllten bei vorherigen Anfragen die 70minütige Anfragezeit mit mehr oder weniger „offensichtlichen Nachfragen“. Nach Kenntnis der schriftlichen Beantwortung wurde auch klar, was den Sinn dieses Manövers ausmachte.

Die Antwort in Kurzübersetzung unter der Überschrift: Vier Wochen aus dem Leben eines Baustadtrates in Mitte:

- Phase 1 - Die Idee
Die Senatsverwaltung rät Herrn Gothe den Bauvorbescheid zurückzuziehen.
- Phase 2 - Die Tat
Das Bezirksamt zieht den Bauvorbescheid mit der Begründung zurück, dass es inzwischen einen Bebauungsplan aufgestellt hat
- Phase 3 - Die Reaktion
Der Investor weist dem Bezirksamt die Unsinnigkeit seines Handelns nach.

• Phase 4 - Die Erkenntnis
Das Bezirksamt erleidet einen Schreck, ob der Richtigkeit der Argumente des Investors.

• Phase 5 - Der Rückzieher
Das Bezirksamt nimmt die Rücknahme des Bauvorbescheides zurück.

Im Zusammenhang mit der Beantwortung der Anfrage schließt sich daran:

• Phase 6 - Das Bedauern
Das Bezirksamt bedauert, „dass Angesichts eines gewaltigen Umfangs an Rechtsprechung-, kommentierung und -literatur derartige Vorgänge nicht auszuschließen sind.“ (Zitat)

Das Bezirksamt spielt Beamtenmikado - Der Investor bewegt sich - Wer „verliert“ am Ende?

Inzwischen haben die Investoren weitere Vorschläge unterbereitet, die die Probleme des Lärmschutzes lindern und die Klagemöglichkeiten der zukünftigen Eigentumswohnungsnutzer/innen gegen die Sportplatznutzung ausschließen sollen. Auch ein Angebot zur Überlassung von Grundstücksteilflächen für die Erweiterung der Sportanlagen ist darin enthalten. Auf die Beantwortung unserer Anfrage, wie das Bezirksamt die aktuellen Vorschläge des Investors einschätzt, warten wir nun bereits über zwei Monate. Es heißt zwar so schön „Gut Ding will Weile haben“, doch langsam erlischt die Hoffnung, dass das Bezirksamt aus eigener Kraft eine Lösung findet. Darüber, und ob dieser Pessimismus berechtigt war oder das Gute siegt, kann der/die geneigte Leser/ im 3. Teil nachlesen.

Frank Bertermann,
Stadtentwicklungspolitischer Sprecher

Sybille Ludwig,
Sportpolitische Sprecherin